

Kooperative Kulturpolitik und Kreativwirtschaft

Interview mit dem Kulturstaatsminister

Bernd Neumann

KuMi: In der Kulturpolitik kommt gegenwärtig viel in Bewegung. Länder und Kommunen formulieren neue Leitlinien, erarbeiten Pläne und Konzepte, um Kulturpolitik neu zu gestalten. Auch die Bundesregierung macht mit Initiativen auf sich aufmerksam, die eine neue Art der Kulturförderung erkennen lassen. Ein Beispiel dafür ist die Initiative Kultur- und Kreativitätswirtschaft. Was verbirgt sich hinter dieser Initiative?

Bernd Neumann: Es hat sich ja mittlerweile herumgesprochen, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft zu den wichtigen deutschen Wirtschaftsbranchen gehört. Ihr Anteil an der Bruttowertschöpfung ist mittlerweile so stark wie der der gesamten Automobilindustrie. Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie habe ich daher 2007 die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft ins Leben gerufen. Ziel ist, die kreativen Akteure noch wettbewerbsfähiger zu machen und für die Kreativbranche mehr existenzsichernde Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen.

In einem ersten Schritt ging es darum, sich die Bedarfe und Erwartungen der einzelnen Sektoren anzusehen und mit allen Interessierten ins Gespräch zu kommen. Aus den Mitteln der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft wurde dann mit dem Kompetenzzentrum des Bundes und dessen 8 Beratungsstellen in Deutschland eine Basisstruktur geschaffen, die den spezifischen Bedürfnissen der Kulturschaffenden Rechnung trägt.

Die Umsetzung der Initiative wird mittlerweile zusätzlich von den Bundesländern, den Verbänden und zahlreichen einzelnen Akteuren unterstützt. Auch in den kommenden Jahren werden dafür vom Bund jährlich mindestens 2,5 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

KuMi: Wofür werden diese Mittel konkret eingesetzt?

Produktion sowie Vermittlung von Kulturgütern und kulturellen Dienstleistungen erfolgen durch privatwirtschaftliche Unternehmen, durch öffentlich finanzierte Einrichtungen und nicht zuletzt durch das Engagement im zivilgesellschaftlichen Bereich. Warum sollte es nicht auch Aufgabe einer koordinierten Politik sein, dafür zu sorgen, dass diese Bereiche noch besser zusammen wirken?

Neumann: Die Initiative soll dabei helfen, das durch viele Kleinunternehmen und Freiberufler geprägte Feld der Kreativwirtschaft vor allem durch Beratung und Information der Akteure unternehmerisch zu qualifizieren, zu vernetzen und den Zugang zu Auslandsmärkten, Fremdkapital sowie öffentlichen Wirtschafts-Förderprogrammen zu erleichtern. Dafür wurde eigens das Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes in Eschborn als Plattform eingerichtet, um den Austausch zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zu unterstützen.

Die 8 Beratungsstellen sind die regionalen Ansprechpartner, die Kulturschaffende unternehmerisch professionalisieren sollen. Dabei arbeiten sie eng mit den vor Ort bereits vorhandenen Beratungs- und Förderangeboten zusammen.

Schwerpunktt Themen der Beratung sind die Klärung erster unternehmerischer Ideen, erfolgsorientierte Weiterentwicklung konkreter Erwerbskonzepte, Vermittlung an geeignete Unterstützungsangebote vor Ort, das Aufzeigen von passenden Angeboten der etablierten Wirtschaftsförderung oder auch Networking und Erfahrungsaustausch.

KuMi: Wenn ich es recht sehe, ist diese Art, Kultur- und Wirtschaftsförderung miteinander zu verbinden und eher beratend, vernetzend und anstiftend tätig zu werden, etwas Neues in der Kulturpolitik des Bundes ...

Neumann: ... und gilt auch in Europa als vorbildlich. Sie folgt der Idee Hilfe zur Selbsthilfe und ist eine Konsequenz aus diversen Untersuchungen und konkreten Erfahrungen. Ziel ist es, Unterstützung anzubieten, die tatsächlich nachhaltig hilft. Es ist eigentlich keine besonders neue Erkenntnis, dass künstlerische Erzeugnisse einen Doppelcharakter haben: Sie sind kulturelle und wirtschaftliche Güter zugleich.

Bernd Neumann ist Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).



Dem entspricht die gemeinsame Zuständigkeit von Wirtschafts- und Kulturpolitik des Bundes für unsere Initiative. Produktion sowie Vermittlung von Kulturgütern und kulturellen Dienstleistungen erfolgen durch privatwirtschaftliche Unternehmen, durch öffentlich finanzierte Einrichtungen und nicht zuletzt durch das Engagement im zivilgesellschaftlichen Bereich. Warum sollte es nicht auch Aufgabe einer koordinierten Politik sein, dafür zu sorgen, dass diese Bereiche noch besser zusammen wirken?

KuMi: Wie kann das geschehen?

Neumann: Dafür haben wir zahlreiche Instrumente und Formate entwickelt. Beispiele dafür sind Regionalkonferenzen und Netzwerktreffen. Sie sollen mithelfen, dass die Aktiven in der Szene sich kennen lernen, sich austauschen und gemeinsame Ideen entwickeln. Auch Auszeichnungen und Wettbewerbe sollen aktivierende und motivierende Impulse vermitteln.

Der bundesweite Wettbewerb »Kultur- und Kreativpiloten Deutschland« ist zu nennen. Hier werden Menschen ausgezeichnet, die mit einer besonderen kreativen oder kulturellen Idee unternehmerisch tätig sind oder werden möchten. Sie erhalten als Preis kein Geld, sondern ein Jahr lang eine vielfältige Unterstützung bei der Umsetzung ihres Konzeptes. Und dabei zeigt sich: Diese Unterstützung ist nötig und hilfreich zugleich. Die meisten so Beratenen stehen nach diesem Jahr wirtschaftlich deutlich besser da als zuvor.

Durchgeführt wird der Wettbewerb durch das Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes und das »u-Institut für unternehmerisches Denken und Handeln«. Hier wird also nicht der Bund alleine aktiv, sondern in Kooperation mit einem marktaffinen Partner.

KuMi: Zusammenarbeit scheint überhaupt ein wichtiges Element der Initiative zu sein.

Neumann: Das ist richtig – Kooperation ist ein Schlüsselthema. Mit der »Initiative Musik gGmbH« zum Beispiel unterstützen Bundesregierung und Musikwirtschaft gemeinsam die populäre Musik in Deutschland. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Förderung des Nachwuchses und der Verbreitung von Musik aus Deutschland im Ausland. Gesellschafter dieser gGmbH sind die Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten (GVL) und der Deutsche Musikrat. Finanziell unterstützt wird sie von der GVL, der GEMA und der GEMA-Stiftung, die insgesamt 360.000 Euro zur Verfügung stellen. Der Großteil der Fördermittel aber

kommt aus meinem Haus. Ab 2013 werden dies 2,5 Millionen Euro sein.

Neu sind hier Mittel für einen Spielstättenprogrammpreis (1 Mio. Euro), der in Analogie zum Kinoprogrammpreis entwickelt wird und die kulturelle und wirtschaftliche

Bedeutung der kleinen und mittleren Spielstätten unterstreichen soll. Die Initiative Musik ist bereits sehr erfolgreich mit ihrer Künstlerförderung, in der Bands und Musikunternehmen gemeinsam Anträge stellen

können. Daneben gibt es die ebenfalls erfolgreiche Infrastrukturförderung, die vor allem auf Netzwerke und Kooperationen zielt. Ich denke, wir können durch Zusammenarbeit viel erreichen, kulturell und zugleich wirtschaftlich. Das schließt sich nicht aus.

KuMi: Und doch ist diese neue Offenheit gegenüber der Kultur- und Kreativitätswirtschaft aus Ihrem Haus bemerkenswert. Sie kennen die Sorge vieler Kulturpolitiker, dass das öffentliche Gut Kultur und vor allem die öffentliche Förderung der Kultur Schaden nehmen könnte durch den Bedeutungsgewinn dieses Wirtschaftssektors. Brauchen wir neben der neuen Nähe nicht auch die alte Distanz?

Neumann: Es ist mir wichtig, immer wieder zu betonen, dass bei aller Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft der Wert der Kultur als Selbstzweck nicht verdrängt werden darf. Hier ist es mir

Kultur braucht Freiheit und wenn ich sie auf eine dem wirtschaftlichen Wert dienende Funktion reduziere, dann leiden das künstlerisch-kulturelle Ergebnis und schließlich auch der wirtschaftliche Ertrag.



Ulrike Blumenreich (Hrsg.)

Studium – Arbeitsmarkt – Kultur

Ergebnisse des Forschungsprojektes

Mit dieser Enddokumentation des gleichnamigen Forschungsprojektes gibt die Kulturpolitische Gesellschaft e.V. vielfältige Anregungen, den notwendigen Dialog zwischen den Akteuren des Feldes »Studium – Arbeitsmarkt – Kultur« fortzusetzen.

Im ersten Teil dieser Publikation sind die Ergebnisse der Untersuchungen der »Studienlandschaft Kultur an Hochschulen in Deutschland« und des »Arbeitsmarktes Kultur(vermittlung)« dokumentiert. Wie Akteure der Hochschulen, des Arbeitsmarktes, der Fachverbände, aus Politik und Verwaltung die Forschungsergebnisse jeweils kommentieren, ist im zweiten Teil der Dokumentation veröffentlicht. Eine Übersicht über die derzeit existierenden mehr als 350 Studienangebote der Kulturvermittlung sowie ihre Profile runden die Publikation ab.

Kulturpolitische Gesellschaft e.V.
Bonn / Klartext Verlag,
Essen 2012
(Dokumentation 70)
399 Seiten • 17 Euro
ISBN 978-3-8375-0731-7



Kulturpolitische Gesellschaft e.V. • Weberstraße 59a • 53113 Bonn
T 0228/201 67-0 • post@kupoge.de • www.kupoge.de

gelingen, wichtige Änderungen im Entwurf des neuen Förderprogramms »Creative Europe« der Europäischen Union durchzusetzen und damit den besonderen Stellenwert von Kunst und Kultur zu sichern.

Es ist mir wichtig, immer wieder zu betonen, dass bei aller Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft der Wert der Kultur als Selbstzweck nicht verdrängt werden darf.

Davon abgesehen würde auch die Kultur- und Kreativwirtschaft ihre innovative Kraft verlieren, nähme das Wirtschaftliche auf Kosten des Kulturellen überhand. Kultur braucht Freiheit und wenn ich sie auf eine dem wirtschaftlichen Wert dienende Funktion reduziere, dann leiden das künstlerisch-kulturelle Ergebnis und schließlich auch der wirtschaftliche Ertrag.

Nur wenn wir den Eigensinn von Kunst und Kultur respektieren, wenn wir Künstlern und Kulturschaffenden die Freiheit lassen, die sie für ihre kreative Arbeit brauchen, nur dann können Kunst und Kultur auch im wirtschaftlichen Sinne erfolgreich sein.

KuMi: Herr Staatsminister, Sie haben im vergangenen und diesem Jahr zwei Studien zur Kreativwirtschaft gefördert. Eine davon wird in diesem

Heft kurz vorgestellt. Was war die Motivation dafür?

Neumann: Wer ein neues Feld betritt und fördernd Einfluss nehmen will, braucht Wissen, damit gezielt und sachgerecht unterstützt werden kann. Diese Studien sollen dieses Wissen zur Verfügung stellen. Manchmal werfen sie mehr Fragen auf, als dass sie Antworten geben, doch auch dies kann dem Erkenntnisfortschritt dienen...

Aus der vorliegenden Studie, die in diesem Heft vorgestellt wird, können wir z.B. ersehen, wie komplex das Zusammenspiel von Markt, Staat und Zivilgesellschaft für die Dynamik des Kulturschaffens ist und wie verwoben Künstler und Kreative in allen drei Bereichen sind. Zudem wird ausgeführt, wie viele Vorleistungen der Staat für die Erwerbstätigen in der Kultur- und Kreativwirtschaft erbringt und welche große Bedeutung das gemeinnützige Engagement der Bürgerinnen und Bürger hat.

Eine derzeit von der Kulturpolitischen Gesellschaft erstellte Studie soll neue Erkenntnisse darüber vermitteln, was die Kreativen und Kulturunternehmen als Unterstützung von der Kulturpolitik eigentlich erwarten. Hier liegen bisher nur eingeschränkt Erfahrungen vor, zugleich ist dies ein Feld, das mit der technischen Entwicklung einem raschen Wandel unterworfen ist. Man darf gespannt sein.



Olaf Schwencke

Das Europa der Kulturen – Kulturpolitik in Europa

Dokumente, Analysen und Perspektiven von den Anfängen bis zum Vertrag von Lissabon

Dritte, ergänzte und aktualisierte Auflage

Kulturpolitische Gesellschaft e. V. / Klartext Verlag 2010

Edition Umbruch Nr. 26 • 420 Seiten • 19,90 Euro • ISBN 978-3-8375-0419-4

Europäische Kulturpolitik führte lange Zeit ein Schattendasein – nicht nur in Deutschland. Zu häufig dominierten auch hier nationalstaatliche Interessen. Gerade der Kulturföderalismus in der Bundesrepublik Deutschland hat dazu beigetragen, dass die europäische Ebene bei Kulturfragen tendenziell vernachlässigt wurde. Mit den Verträgen von Maastricht (1992) und schließlich mit dem Vertrag von Lissabon (2009) hat sich allerdings ein grundlegender Wandel vollzogen: Perspektiven einer Kulturpolitik in Europa sind angemessen stark in das Blickfeld auch nationalstaatlicher Diskussionen gerückt.

Nach 1945 war Europa in den ersten Versuchen eines Neuanfangs zuvörderst ein gemeinsames kulturpolitisches Projekt und wurde erst im zweiten Schritt auch als ein gemeinsamer Wirtschaftsraum realisiert. So sind viele Entwicklungen in Städtebau und Denkmalschutz, Interkultur und Regionalismus, bei Neuer Kulturpolitik und Soziokultur, die heutigen KulturpolitikerInnen nahezu selbstverständlich erscheinen, nicht zuletzt auf europäischer Ebene, vor allem im Straßburger Europarat, vorgedacht worden.

Das Buch zeichnet diesen Weg anhand von über 60 einschlägigen Dokumenten nach. Es umfasst dabei mehr als 60 Jahre europäischer Kulturpolitik, die vom Autor zudem in den zeithistorischen Zusammenhang gestellt und entsprechend kommentiert werden. Die Publikation markiert in dieser Hinsicht gleichsam die »Erfolgsgeschichte« der europäischen Kulturpolitik bis ins 21. Jahrhundert.



Kulturpolitische Gesellschaft e.V. • Weberstraße 59a • 53113 Bonn
T 0228/201 67-0 • F 0228/201 67-33 • post@kupoge.de • www.kupoge.de